

WEGWARTE

Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt

Neuestes Ergebnis der "Eurobarometer"-Umfrage für Österreich: **NUR MEHR 36 PROZENT FÜR DIE EU!**

In der gesamten EU sind im Durchschnitt nur mehr 49 % der Bürger für die EU, in Österreich nur mehr 36 %. Wir sind das Land mit der höchsten Ablehnung der EU. Das ergibt die jüngste von der EU selbst in Auftrag gegebene Meinungsumfrage. Wir haben also jedes demokratische Recht, für den Austritt aus diesem Herrschafts-System zu arbeiten!

Zahlreiche WEGWARTE-Leser haben bereits eine Unterstützungs-Erklärung für das **überparteiliche VOLKSBEGEHREN für den Austritt aus der EU** bei der Behörde unterschrieben und an uns eingeschickt und damit ein Bekenntnis zur Erhaltung bzw. Wiedergewinnung eines freien Österreichs zum Ausdruck gebracht. Wer noch nicht unterschrieben hat, möge bitte das in dieser Ausgabe enthaltene Formular dazu verwenden und den Weg zum Gemeindeamt (am Land) oder Magistrat/Bezirksamt (in den großen Städten) seines/ihrer Hauptwohnsitzortes **so bald wie möglich** tätigen.

Auf der Rückseite der Unterstützungs-Erklärung sind die wichtigsten Argumente für das Volksbegehren angeführt; bitte nehmen Sie das Blatt aus der WEGWARTE heraus und verwenden Sie es als **Flugblatt zum Weiterverbreiten**. Sie können damit auch Freunde/Bekanntes/Arbeitskollegen etc. darüber informieren, daß es dieses Volksbegehren geben wird, sobald genügend Unterstützungs-Erklärungen dafür in der derzeit laufenden Einleitungsphase

geleistet werden. Bis spätestens Ende nächsten Jahres (2011) müssen mindestens 8.032 (zur "Sicherheit" aber erfahrungsgemäß an die 9.000) behördlich bestätigte Unterstützungs-Erklärungen von uns im Innenministerium eingereicht werden, damit es einige Monate später zur Durchführung des eigentlichen Volksbegehrens, der "öffentlichen Eintragungswoche", kommen kann.

In den größeren Gemeinde- bzw. Stadtämtern sind Unterstützungs-Erklärungen von Volksbegehren meist im jeweiligen **Meldeamt** bzw. **Wahlamt** zu unterschreiben. Das Formular nach dem Unterschreiben bitte unbedingt an uns zurücksenden!

Im Oktober werde ich wieder **fast vier Wochen durchgehend** unterwegs sein - diesmal in "Österreich-West" - und bei Aktionstagen die Bevölkerung direkt über das Volksbegehren informieren. Die persönlichen Gespräche über den EU-Austritt mit (insgesamt) sicher vielen tausenden Bürgern aus den verschiedensten Berufs- und Altersschichten sind oft sehr aufschlußreich! Diese Informationsarbeit "auf der Straße" ist wirkliche Demokratie und gegenseitige Ermutigung untereinander. "Demokratie" (von griechisch "kratein") heißt nämlich nicht "Herrschaft" des Volkes, sondern "das Volk ist



stark", es bekundet seinen Willen so eindringlich und deutlich, daß es nicht mehr überhört werden kann. Ich lade Sie herzlich ein, bei den Aktionstagen im Oktober mitzumachen: einfach hinkommen und einige Stunden beim Verteilen von Informationen mithelfen und mit den Bürgern diskutieren.

Am **22. Oktober** wird in **Innsbruck** eine öffentliche Veranstaltung zum Thema "Nachbarland Schweiz: Neutralität, Demokratie und Wohlstand statt EU-Mitgliedschaft" mit einem **Referenten aus der Schweiz** stattfinden; näheres auf der Rückseite. Ich würde mich freuen, auch Sie dabei begrüßen zu können.

Inge Rauscher, Obfrau der IHU

Volksbegehrens-Flugblatt zum Herausnehmen	Seite 3-4
Verlust und Wiederaufbau der NAHVERSORGUNG	Seite 6
Termine der EU-Austritts-Aktionstage im Oktober in "Österreich-West"	Seite 7

EU-Steuern kommen!

Prof. Schachtschneider, der die EU-Verträge in Deutschland und Österreich bei den Verfassungsgerichten bekämpfte, hat auch dies richtig vorausgesehen: „Sobald der **Lissabon-Vertrag** in Kraft tritt, wird die EU eigene Direkt-Steuern zur Finanzierung ihres aufgeblähten Apparates verordnen.“ Nach der EU-Wirtschaftsregierung und der EU-Oberfinanzaufsicht („den Bock zum Gärtner machen“) beansprucht EU-Haushaltskommissar Lewandowski die von Frankreich und Deutschland angedachte **Luftverkehrsabgabe** und die Absichten einer **Finanztransaktionssteuer** für die Union. Auch die Pläne einiger Staaten zur Versteigerung von CO₂-Emissionsrechten (man beachte das Wort) will er als **EU-Einnahme** verwirklichen.

Nichts zeigt deutlicher als diese sehr konkreten Pläne, daß die EU keine Zusammenarbeit von Staaten darstellt, sondern die in langer Entwicklung entstandenen europäischen Staaten durch einen zentralistischen Riesen-Staat **ersetzt** werden sollen. Denn die Einhebung von Steuern ist ureigenes Recht eines Staates! Die Steuerhoheit der EU bläht den EU-Haushalt weiter auf, steigert die Lust auf weitere Ausgaben und vergrößert die Einflußnahme auf die Politik der Einzelstaaten weiter. Außerdem eröffnet sie die Gefahr eines Haushaltsdefizits auf EU-Ebene; die Folge könnte die Ausgabe eigener Schuldverschreibungen sein...

Daß sich durch die EU-Steuern die **Mitgliedsbeiträge** der Nettozahler

(vor allem Deutschland und Österreich) verringern würden, erklärte der ÖVP-EU-Insider Othmar Karas bereits als „Trugschluß“. „Darauf könnten die Mitgliedsstaaten nicht setzen!“

EU-„Grundrechte-Charta“ ermöglicht Todesstrafe und Tötung bei „Aufruhr“ oder „Aufstand“.

Beides wird nicht als Verletzung des „Rechtes auf Leben“ definiert!

Immer wieder erleben wir bei Diskussionen, daß diese Ungeheuerlichkeit **bestritten** wird. Sie ist auch in äußerst gefinkelter Weise in den Rechtstexten der EU **so versteckt**, daß man sie leugnen kann, wenn man nicht sehr genau die Tücken dieser Texte erkennt und durchschaut. Wir empfehlen dazu die neue „Eckart-Schrift“ Nr. 199 von Winfried Schuberth mit dem Titel „Die Entwicklung Europas vom Staatenbund (EWG) zum Bundesstaat (EU)“; auf den Seiten 92-94 kann man die Einzelheiten bzgl. der Todesstrafe im Detail nachlesen.

WEGWARTE-Leser können diese Schrift per beiliegendem Zahlschein bestellen; Zusendung erfolgt mit der Post.

Die UNFRIEDENSUNION

Wie kann eine „Gemeinschaft“ friedlich sein, die die Tötung bei „Aufruhr“ oder „Aufstand“ für rechtens erklärt?!

Die soeben abgeschlossene größte **Bundesheer-Übung** des Jahres in Allentsteig spricht diesbezüglich Bände. Dabei probten 6.700 Soldaten aus ganz Europa im Rahmen der „European Advance

2010“ vor allem **internationale Einsätze** wie etwa im Kosovo, ein Land mit einem der größten Militärstützpunkte der USA in Europa. Die dabei verwendeten Panzer trugen bereits das blau-gelbe **EU-Logo**.

Von Neutralität gegenüber **allen** Militärpakten keine Spur! 25 der 27 EU-Mitgliedstaaten sind NATO-Mitglieder, die blutige Angriffskriege gegen Staaten führen, die sie in keiner Weise bedrohen – der Irak und Afghanistan sind nur die jüngsten Beispiele einer langen Reihe von (Rohstoff-)Kriegen, in die Österreich als Folge des EU-Beitritts nun auch zunehmend hineingezogen wird und die verheerende Schäden an der Zivilbevölkerung und der Infrastruktur dieser zu „Schurken“ erklärten Länder anrichten. Wer sind denn dabei wirklich „die Schurken“?!

Dazu paßt auch die vor kurzem in fast allen kommerziellen Medien losgetretene Kampagne für die **Abschaffung der Wehrpflicht**.

Das so hochgejubelte „Berufsheer“ als Ersatz dafür ist nichts anderes als eine **Söldnerarmee**, deren Aufgabe nicht mehr die Landesverteidigung zum Schutz der Bevölkerung ist, sondern die Bereitstellung von „Berufskillern“ zur Absicherung der Herrschaft von internationalen Oberaufsichts-Eliten über den „Rest“ der Menschheit...

Nach einem Austritt aus der EU könnte Österreich stattdessen den Weg der seit Jahrhunderten neutralen Schweiz gehen: eine gut gerüstete **Volksarmee auf Milizbasis** ausschließlich zur Landesverteidigung. Ein solches Land beginnt keine Kriege und nimmt auch nicht an ihnen teil - weder direkt noch indirekt!

Einladung zum Informations- und Diskussionsabend zum Thema

„ATOMLÜGE UND KLIMAWANDEL“

am **Mittwoch, 3. November 2010**, um **19 Uhr**

in **WIEN** im **9. Bezirk**

im **afro-asiatischen Institut, Türkenstraße 3**

Eintritt: freie Spende

Es sprechen: Univ.Prof.DI.Dr.August RAGGAM/TU Graz
Univ.DoZ.Dr.Peter WEISH/Uni BOKU Wien
Dr. Wilfried LEISCH, Publizist und Energieberater

Veranstalter: mehrere Bürgerinitiativen

Näheres siehe **www.arge-ja.at**

**Bitte vor dem Ausfüllen kopieren und weiterverbreiten!
Die Unterschrift erst vor dem Beamten leisten (ist Vorschrift).
Amtlichen Lichtbildausweis mitnehmen.**

Bitte dieses Feld für Prüfvermerke der Bundeswahlbehörde freihalten!

Unterstützungserklärung

Der (Die) Gefertigte unterstützt hiermit den Antrag auf Einleitung des Verfahrens für ein Volksbegehren betreffend folgende, durch Bundesgesetz zu regelnde Angelegenheit:

[Volksbegehren] AUSTRITT aus der Europäischen Union	[Allfällige Kurzbezeichnung] EU-AUSTRITTS-VOLKSBEGEHREN	
Stark unrandeter Bereich vom (von der) Unterstützungswilligen auszufüllen!	Vor- und Familienname des (der) Unterstützungswilligen	
	Wohnort	Geburtsdatum (Tag, Monat, Jahr)
Raum für allfällige gerichtliche oder notarielle Beglaubigung der nebenstehenden Unterschrift	Eigenhändige Unterschrift	

Bestätigung der Gemeinde

Die nachstehende Gemeinde bestätigt, dass der (die) Unterstützungswillige in der Wählerevidenz eingetragen ist und das 16. Lebensjahr vollendet hat und in dieser Gemeinde den Hauptwohnsitz hat.

Stark unrandeter Bereich von der Gemeindebehörde auszufüllen (Zutreffendes anzukreuzen)!	Gemeinde		
	Politischer Bezirk, Verwaltungsbezirk, Statutarstadt, Wiener Gemeindebezirk	Land	ggf. Sprengel Nr.
	Die eigenhändige Unterschrift auf der Unterstützungserklärung		
	<input type="checkbox"/> wurde vor der Gemeindebehörde geleistet.	<input type="checkbox"/> war gerichtlich beglaubigt.	<input type="checkbox"/> war notariell beglaubigt.
Datum (Tag, Monat, Jahr) 	Gemeindegel 	Unterschrift	

**Bitte nach Bestätigung durch Gemeinde/Magistrat dieses Original einsenden an
INITIATIVE HEIMAT & UMWELT, 3424 Zeiselmauer, Hagengasse 5**

(Zusendung per Fax oder E-Mail wird aus rechtlichen Gründen leider nicht anerkannt.)

Überparteiliches Volksbegehren für den AUSTRITT aus der EU zur Rettung der Lebensgrundlagen Österreichs

VOLKSWIRTSCHAFT

Klein- und Mittelbetriebe mit einem Bezug zur Bevölkerung haben in einem übernationalen System immer weniger Chancen. Durch die EU-Mitgliedschaft kann Österreich keine Handelsverträge (die zum Schutz der Volkswirtschaft notwendig sind) mehr abschließen; die gesamte Handelspolitik ist „ausschließlich Angelegenheit der Eu-Zentralstellen“. Nur durch einen Austritt aus der EU kann Österreich die Entscheidungsbefugnis für die Wirtschaftspolitik zurückgewinnen zum (Wieder-) Aufbau einer krisensicheren Binnenwirtschaft.

SOZIALSTAAT

Das oberste Prinzip der EU, die so genannten „Freiheiten des MARKTES“, nämlich die uneingeschränkte, grenzenlose Warenverkehrsfreiheit, Niederlassungsfreiheit, Dienstleistungsfreiheit und Arbeitnehmerfreizügigkeit, sowie – am wichtigsten für die Konzerne – die **Kapitalverkehrsfreiheit**, ermöglichen eine auf Profitmaximierung ausgerichtete Politik, die den meisten Menschen enorm schadet und vom europäischen Gerichtshof (EUGH) seit Jahrzehnten rigoros durchgesetzt wird. Für Sozialpolitik war und ist darin kein Platz. Steigende Arbeitslosigkeit, real sinkende Pensionen und immer größer werdende Kluft zwischen Arm und Reich belegen dies.

GRENZEN

Es tut niemandem weh, an der Landesgrenze seinen Paß vorzuweisen. Die Abschaffung der Landesgrenzen durch die EU und damit der Wegfall jeglicher Kontrollmöglichkeit durch den Staat in Bezug auf Personen und Waren hat jedoch verheerende Folgen. Von der Erleichterung der **Kriminalität** bis zur ungehemmten Einfuhr illegaler oder schädlicher Waren. Wir brauchen wieder sinnvolle Grenz-einrichtungen zum Schutz der Bevölkerung!

NEUTRALITÄT

Neutralität bedeutet, daß der neutrale Staat eine **eigene** Außenpolitik betreibt (so wie die Schweiz), die sich strikt von jedem Militärpakt fernhält und damit dem Frieden dient. Durch die **EURO-Armee** jedoch, an der auch Österreich beteiligt ist, ist die EU selbst ein Militärpakt. Dazu kommt ihre starke Nähe zur NATO; der Großteil der EU-Staaten ist auch NATO-Mitglied, vor allem die großen EU-Staaten. Im neuen „sicherheitspolitischen Konzept“ der österreichischen Bundesregierung wird demnach auch eine stärkere Einbettung Österreichs in internationale „Sicherheits-Strukturen“ vorgesehen und eine Betonung der NATO sowie der Beistandspflicht und der **Teilnahme an Kampfeinsätzen**.

Die Wiederaufnahme der NEUTRALITÄT als Grundlage der österreichischen (Außen-) Politik ist nur möglich bei einem Austritt aus der EU. Denn für Österreichs Jugend darf es keine Kampfeinsätze im Ausland geben! Die Werbung dafür ("sichere Arbeit mit hohen Verdienstmöglichkeiten") ist verantwortungslos und muß beendet werden.

GENTECHNIKFREIHEIT

Aufgrund der vorgeschriebenen „grenzenlosen Marktfreiheiten“ ist es einem EU-Mitglied nicht möglich, **Importe** von genmanipulierten Futtermitteln, „Industriekartoffeln“ oder Fertigprodukten mit genmanipulierten Inhaltsstoffen zu verhindern. Diese kommen damit in den Nahrungskreislauf, selbst wenn in Österreich kein genmanipuliertes Saatgut angebaut wird. Zu verhindern ist dies nur, wenn Österreich seine Lebensmittelgesetze wieder **selbst bestimmen** und an den Grenzen kontrollieren kann, was hereinkommt. Das ist nur möglich bei einem Austritt aus der EU.

EIGENE WÄHRUNG

Die Internationalisierung der Landeswährungen funktioniert nicht und ist ein wesentlicher Mitverursacher der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftsprobleme. Die Übernahme der Defizite von finanzinstabilen Ländern durch finanzstabile, die Grundlage des EURO, macht alles nur noch schlimmer. Bei einem Austritt aus der EU könnte Österreich wieder seine eigene Währung aufbauen und damit auch der Teuerung entgegenwirken.

SO KÖNNEN SIE DAS VOLKSBEGEHREN UNTERSTÜTZEN:

1. Mit der umseitigen Unterstützungs-Erklärung und einem amtlichen Lichtbildausweis (Paß, Personalausweis, Führerschein) zu den üblichen Parteienverkehrszeiten in das Gemeindeamt bzw. magistratische Bezirksamt Ihres **Hauptwohnsitzortes** gehen.

2. Dort die mitgebrachte Unterstützungs-Erklärung vor dem Beamten unterschreiben und nach erfolgter Bestätigung durch die Behörde dieses Original-Formular wieder **umgehend an uns retour senden**.

Zur gültigen Unterzeichnung von Volksbegehren sind alle österreichischen Staatsbürger berechtigt, die das **16. Lebensjahr** vollendet haben. Jedes Volksbegehren darf nur einmal unterschrieben werden. Sobald mindestens 8.032 (ein Promille der Gesamtbevölkerung) gültige Unterstützungs-Erklärungen vorliegen, wird vom Innenministerium die sogenannte öffentliche Eintragungswoche, das eigentliche Volksbegehren, in ganz Österreich anberaumt.

WER SIND DIE BETREIBER DES VOLKSBEGEHRENS?

Eine überparteiliche Plattform von unabhängigen Bürgerinitiativen wie die "Initiative Heimat & Umwelt", die "Initiative für direkte Demokratie", die Anti-Gentechnik-Plattform "Pro Leben" und die Tierschutzorganisation "Animal Spirit".

KONTAKTADRESSEN:

Inge RAUSCHER, 3424 Zeiselmauer, Hageng. 5, Tel.02242/70516
Helmut SCHRAMM, E-mail: helmutschramm@gmx.at

www.eu-austritts-volksbegehren.at

Stimmen zum Volksbegehren

Renate Zittmayr, Oberösterreich:

Als Mutter von vier Kindern unterstütze ich das EU-Austritts-Volksbegehren aus mehreren Gründen:

Unsere regionale Wirtschaft wurde wegrationalisiert und unter dem Deckmantel „Freihandel“ verlegten Firmen die Standorte in Länder, wo die Arbeit nichts kostet (moderne Sklavenarbeit) und wo es keinerlei Umweltauflagen gibt. Es ist heute sehr schwierig, einen akzeptablen Arbeitsplatz oder auch nur eine Ferialarbeit zu finden. Bei unserer Jugend macht sich eine große Hoffnungslosigkeit und Resignation breit; bei über 50 Bewerbungen kommt nicht einmal eine Rückmeldung. Die öffentlichen Zahlen sind beschönigt, die brisante Arbeitsmarktsituation wird heruntergespielt. Auch die steigende Eskalation unter Jugendlichen mit Migrationshintergrund wird verschleiert; ein „alleiniges Ausgehen“ ist unvorstellbar geworden. Wir haben keine innere Sicherheit mehr, seitdem die Grenzen aufgehoben wurden. Daß im Fall des „Aufbruchs“ oder „Aufstands“ Schußwaffengebrauch keine Verletzung des Rechts auf Leben gemäß der EU-Grundrechte-Charta mehr darstellt, zeigt wohl auf, daß man mit Eskalation in der Bevölkerung bereits rechnet.

Jede Mutter eines Sohnes, der zum Militär muß, weiß, wie wichtig der Satz ist: „Nie wieder Krieg!“ Deshalb kann ich nicht akzeptieren, daß unsere „immerwährende“ Neutralität umgangen wird, indem wir nun auch verpflichtet sind, den „Kampf gegen den Terror“, „Friedensmissionen“, „Kriseneinsätze“ usw. irgendwo in der Welt zu unterstützen.

Wir Österreicher(innen) wollen selbst über die Zukunft bestimmen und nicht in einem „Europäischen Volk“ untergehen!

Kommentar eines Tiroler Nationalrats-Abgeordneten:

"Das Recht des Stärkeren ist das stärkste Unrecht"

(Marie von Ebner-Eschenbach)

Und genau deshalb müssen wir uns wehren! Die "mächtige" EU - sie ist nur nach innen mächtig, vor den USA und anderen geht sie immer in die Knie - hat die Völker Europas in Geiselschaft genommen. **Barroso, der Altkommunist, und all die anderen Figuren** in diesem Gruselkabinett namens Kommission regieren ohne demokratische Legitimation und wollen den Europäern das aufzwingen, was sie für Recht halten. **Das ist Unrecht!!!**

1. Der Vertrag von Lissabon wurde uns - unter Mithilfe unserer Regierung und unseres Herrn Bundespräsidenten - regelrecht aufgezwungen. Aber schon nach einem halben Jahr wird auch dieser Vertrag schon von der EU gebrochen. Artikel 125 sagt ausdrücklich, daß eine Hilfestellung anderer EU-Staaten für einen Pleitestaat verboten ist. Dennoch wurde ein Betrag von weit über **100 Milliarden EURO** (=rd. 1.400 Milliarden Schilling) für Griechenland durchgesetzt. Allein wir Österreicher wurden gezwungen, 2,3 Milliarden EURO (=31,65 Milliarden Schilling) hierfür beizutragen. Geld, das wir nie wieder sehen werden, das aber hier im Lande dringend benötigt würde. Dafür sollen jedoch die österreichischen Bürger mit einem Sparpaket ausgequetscht werden wie die Zitronen. **Da mache ich nicht mehr mit!**

2. **SWIFT** (Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication) ist ein automatisiertes

System für den Auslandszahlungsverkehr. Die EU, samt ihrem Parlament, hat nun beschlossen, freiwillig alle SWIFT-Daten den USA zur Verfügung zu stellen. Aus Gründen der **Sicherheit** und der **Terrorbekämpfung**, wie scheinheilig argumentiert wird. In Wirklichkeit handelt es sich dabei um eine raffinierte, aber effektive Form von Wirtschaftsspionage. Denn nicht nur die Überweisungsdaten von Hinz und Kunz sehen die Amis, sondern auch die aller europäischen Firmen. Damit wissen sie **genau, wer, wo, bei wem, wie viel einkauft und wer, wohin, wie viel verkauft. Eine billige Marketinggrundlage** für alle US-amerikanischen Firmen. Und das ohne jede echte Gegenleistung! Und wer glaubt, daß die US-Behörden die Daten nicht an Unternehmen weitergeben, ist genauso blauäugig und naiv wie die EU-Kommissare und die EU-Parlamentarier. **Da mache ich nicht mehr mit!**

3. Die EU plant eine neue, einheitliche Richtlinie zum Asylrecht. Danach sollen **Asylwerber**, ob anerkannt oder nicht, allen einheimischen Sozialhilfeempfängern rechtlich gleichgestellt werden. Der schlimmste Punkt jedoch ist der Wunsch der Konzerne, daß **nach nur 6 Monaten** alle Zugang zum Arbeitsmarkt haben müßten. Das würde zu einem ungeheuren Lohndumping führen, bei dem die heimischen Arbeitnehmer schwer unter die Räder kämen. **Ein Stundenlohn von 3,20 EURO (= 44**

in echter Schillingwährung) wie jetzt schon in Deutschland, würde dann auch bei uns - Kollektivvertrag hin oder her - Realität werden. **Da mache ich nicht mehr mit!**

4. Zu "guter Letzt" planen die **EUrokraten** auch noch unser Trinkwasser zu **chlorieren und zu bestrahlen**, zum Schutz unserer Gesundheit, wie sie vorgeben. Die "schöne, neue Welt" dieser **seelenlosen Anti-Europäer** wird immer grotesker, diese **dreiste Bevormundung** wird immer unerträglicher. **Da mache ich nicht mehr mit!**

Aus diesen und noch vielen anderen Gründen (**Türkei- und Islandbeitritt**, etc.) habe ich eine Unterstützungsunterschrift dem **überparteilichen Volksbegehren für den Austritt aus der EU zur Rettung der Lebensgrundlagen Österreichs** gegeben. **Ich empfehle das auch allen anderen Österreichern.** Formulare liegen in den Gemeindeämtern auf. **Raus aus dieser EU, die bessere Zukunft Österreichs** liegt in einer Kooperation mit der Schweiz. Auf politischer und währungstechnischer Ebene. **Freiheit vom Neusiedlersee bis zum Genfersee.** Lieber ein **starker Franken**, als ein **kaputter EURO**. Also: **Da mache ich wieder mit!**

DDr. Werner Königshofer
Abgeordneter zum Nationalrat der
Republik Österreich

(Motto: "Was auch daraus werde, steh' zu deinem Volk!" - Friedrich Schiller)

Warum geht die NAHVERSORGUNG immer mehr verloren und wie kann sie wieder aufgebaut werden?

Auf diese Frage, die sich heute viele stellen, gibt es eine überraschende Antwort, die aber umso schlüssiger ist, je mehr man sich in die sehr fundierten und für jedermann nachvollziehbaren Argumente dafür vertieft. Der Verlust der Nahversorgung ist die direkte Folge einer seit Jahrzehnten ausschließlich auf das Auto ausgerichteten Verkehrspolitik. Lesen Sie dazu das aufrüttelnde Buch **"VIRUS AUTO - Die Geschichte einer Zerstörung" von Hermann Knoflacher.**

Darin zeigt der bekannte Verkehrsexperte die größeren Zusammenhänge in eindringlicher, aber trotzdem mitunter humorvoller Weise auf, die allzu gerne verdrängt und (noch) nicht erkannt werden. Der Autor ist seit 1975 Professor am Institut für Verkehrsplanung und Verkehrstechnik der Technischen Universität Wien; das Buch (221 Seiten) kann per beiliegendem Erlagschein bei uns bestellt werden; Zusendung erfolgt mit der Post. Nachstehend einige Zitate daraus:

"Lokale Handwerksbetriebe und kleine Geschäfte sichern nicht nur die Vielfalt der Arbeitsmöglichkeiten und damit die Vielfalt der Chancen sowie die Freiheit der Wahl, sie beschäftigen auch ein **Vielfaches an Menschen**. Stadtgeschäfte müssen bei gleichen Umsätzen rund fünfmal mehr Beschäftigte einsetzen als vergleichbare Handelseinrichtungen in peripheren Supermärkten. Die Gestaltung öffentlicher Räume für **Fußgänger und Radfahrer** beschäftigt beim gleichen Geldmitteleinsatz rund zehnmal mehr Personen in der Bauwirtschaft und den angeschlossenen Betrieben als der Bau von Autobahn- oder Tunnelanlagen."

"Allein in Österreich verschwinden täglich 21 Hektar lebende (!) Erdoberfläche unter Beton und Asphalt."

Zum Verständnis: 21 Hektar sind 30 Fußballfelder, pro Jahr eine Fläche, die um einiges größer ist als die Gesamtfläche jener Gemeinde, die die größten landwirtschaftlichen Nutzflächen

von ganz Österreich aufweist (Nickelsdorf im Burgenland).

"Die Strategie, die von den **um das Auto** entstandenen Industrien in den Städten angewandt wurde, wird heute national und international mit ebenso großer, wenn nicht noch größerer Konsequenz **gegen die Eisenbahnen** angewandt. Die Konzerne bleiben dabei im Hintergrund, die Arbeit erledigt in Europa die **EU-Kommission**, die - wie ich (Knoflacher) aus jahrelanger persönlicher Tätigkeit im Beraterkreis der EU-Kommission erleben durfte - direkt oder indirekt über diese Industriezweige beeinflusst, ja man kann sagen, geradezu gesteuert wird."

"Nicht einmal ein LKW-Nachfahrverbot in den **Alpentälern**, wo der Lärmpegel auch in der Nacht gesundheitsschädliche Spitzen erreicht, ist dank der Rücksichtslosigkeit der EU-Kommission durchsetzbar. Der verzweifelte Kampf der Tiroler um ihre Lebensqualität - die verloren ging, als die Falle der Brenner-Autobahn zuschnappte - belegt die Mißachtung fundamentaler menschlicher Werte, die heute von der EU-Kommission betrieben wird."

"Die Schweiz ging weder wirtschaftlich zugrunde noch ist sie verarmt, seit dort ein **allgemeines LKW-Nachfahrverbot** besteht."

Im Rahmen der regelmäßigen "Umwelt"-Kolumne von Prof. Knoflacher in der Zeitschrift **"Die ganze Woche"** erschien in der Ausgabe vom 14.07.2010 folgender zukunftsweisende Artikel, der größt-möglich verbreitet werden sollte:

VAUBAN

Bei offenem Fenster kann geschlafen werden, ohne durch Fahrzeuglärm gestört zu werden, und in der Früh werden die Menschen durch den Gesang der Vögel geweckt. Die Rede ist nicht von einer entlegenen Alm, sondern von Vauban, einem **modernen deutschen Stadtteil** mit der größten Einwohnerdichte von **Freiburg im Breisgau**. Am Rande des Schwarzwaldes wurde das ehemalige Kasernengelände der französischen Besatzung in

ein modernes, zukunftsreifes Stadtgebiet umgewandelt. **5.000 Menschen** leben in diesem **weitgehend autofreien Gebiet** mit einer Lebensqualität, von der andere Stadtbewohner nur träumen können. Kinderstimmen sind tagsüber die wichtigste akustische Bereicherung und wohl auch die Ursache, daß Vauban das kinderreichste Neubaugebiet Deutschlands ist. Denn **wo Autos den öffentlichen Raum besetzt haben, nimmt die Kinderzahl ab**. Der Verkehr spielt sich zu Fuß und mit dem Fahrrad ab. So wird auch im **Quartierladen** eingekauft, der ein umfassendes Angebot an Produkten aufweist. Autos werden in zwei **Garagen an der Peripherie** geparkt, zum Liefern kann zwar zugefahren, aber nicht geparkt werden.

57 Prozent der Zugezogenen, die früher ein Auto besaßen, haben sich davon befreit. Statt Autobesitz ist **Autoteilen** üblich, wo mehr als 300 Mitglieder mit zwölf Autos nahezu reibungslos auskommen. Die Kinder spielen nicht nur sorglos auf den Straßen oder im und um den benachbarten Bach, sondern gehen unbegeleitet zur Schule. Mehr als sechs Stunden pro Woche, so zeigt eine Studie an der TU Wien, wenden Eltern in ländlichen Gebieten allein dazu auf, um die Kinder zur Schule zu fahren und abzuholen.

"Wir haben in **kürzester Zeit eine Gemeinschaft geschaffen**, wie sie früher in einem guten Dorf bestanden hat", erzählt eine Bewohnerin aus Vauban. Aus der ganzen Welt sind dort Besuchergruppen anzutreffen. Freiburg ist wegen Vauban auf der Weltausstellung in Peking vertreten. Dies beweist nur, wohin uns das Virus Auto gebracht hat, daß das **Menschliche im Zusammenleben**, das bis vor 50 Jahren das Normale war, bestaunt wird wie im Zoo. Vauban hat einen ersten Schritt gesetzt, um aus der Fallgrube der amtlich erzwungenen Autosucht zu entkommen. Der nächste Schritt ist dringend notwendig.

AKTIONSTAGE FÜR DEN AUSTRITT AUS DER EU

Info-Tour zum Volksbegehren Oktober 2010

jeweils von 9 bis 15 Uhr

außer bei extremem Schlechtwetter oder sonstiger "höherer Gewalt"

Örtliche Mithelfer herzlich willkommen!

LINZ:

Mittwoch, 6. Oktober
vor dem Eingang zum
"Bürgerservice" im Neuen
Rathaus (Hauptstraße)

INNSBRUCK:

Donnerstag, 14. Oktober
Freitag, 15. Oktober
Freitag, 22. Oktober
Maria-Theresien-Straße,
beim Sparkassen-Durchgang

SALZBURG-STADT:

Donnerstag, 7. Oktober
Donnerstag, 28. Oktober
am Schranzenmarkt beim
Abgang zur "Mirabell"-Garage

BREGENZ:

Dienstag, 19. Oktober
in der Fußgängerzone am
Leutbühel beim Brunnen

SAALFELDEN:

Freitag, 8. Oktober
Am Rathausplatz

DORNBIRN:

Mittwoch, 20. Oktober
am Marktplatz,
vor der St. Martin-Kirche

KITZBÜHEL:

Montag, 11. Oktober
Vorderstadt/vor der "Sparkasse"

FELDKIRCH:

Donnerstag, 21. Oktober
in der Fußgängerzone,
Nähe Schmiedgasse 16

WÖRGL:

Dienstag, 12. Oktober
vor'm City-Center,
Bahnhofstraße 42

KUFSTEIN:

Montag, 25. Oktober
am Unteren Stadtplatz,
Nähe Haus Nr. 22

SCHWAZ:

Mittwoch, 13. Oktober
in der Fußgängerzone am
Stadtplatz/Nähe Einfahrt
Franz Josef-Straße

BISCHOFSHOFEN:

Mittwoch, 27. Oktober
am Franz Mohshammer-Platz,
vor Geschäft "X-Dream"

BLUDENZ:

Montag, 18. Oktober
zwischen Rathaus- und
Sturnengasse, beim Brunnen

WELS:

Freitag, 29. Oktober
am Stadtplatz, Nähe
Haus-Nr. 1, beim Brunnen

Warum „WEGWARTE“?

Als Name für unseren, etwa alle zwei Monate erscheinenden Informationsdienst an viele Bürger in allen Bundesländern haben wir die Symbolblume der „Initiative Heimat & Umwelt“ gewählt. Die „Wegwarte“ ist eine zartblau blühende, sperrige, ausdauernde und anspruchslose Wildpflanze. Sie wächst vorwiegend an Straßen-, Weg- und Ackerrändern und ist fast über die ganze Welt verbreitet.

Die „Initiative Heimat & Umwelt“ (IHU) ist eine freie Arbeitsgemeinschaft, die keiner Partei nahe steht. Seit über 20 Jahren werden unsere Aktivitäten ausschließlich ehrenamtlich und uneigennützig geleistet. Wir erhalten keinerlei Subventionen; die Finanzierung erfolgt durch **freiwillige Kostenbeiträge** österreichischer Bürger und durch immer wieder beträchtliche private Beiträge der engsten Mitarbeiter.

WIR DANKEN allen moralischen und finanziellen Unterstützern unserer Arbeit ganz herzlich und hoffen, daß es noch viele mehr werden!

BITTE benützen Sie den beiliegenden Erlagschein oder überweisen Sie einen Kostenbeitrag je nach Ihren persönlichen Möglichkeiten von Ihrer Bank aus. Auch in einem Kuvert mitgeschickte Barspenden erreichen uns verlässlich. Gerne würden wir die „Wegwarte“ auch an mögliche Interessenten für unsere Anliegen aus Ihrem Freundes- und Verwandtenkreis senden; bitte geben Sie uns solche Adressen bekannt. Danke im voraus für Ihre Mühe!

Hinweis für Neu- oder Wieder-Empfänger: Erhalten Sie die „Wegwarte“ heute zum ersten Mal oder seit längerem wieder einmal, senden Sie uns bitte einen kleinen Kostenbeitrag. Dann kommen Sie in die Versandliste für jede Ausgabe dieser unabhängigen Zeitschrift ohne Firmen- oder Parteieninsetzung!

Einladung zum
Informations- und Diskussionsabend
zum Thema

Nachbarland Schweiz:
NEUTRALITÄT, DEMOKRATIE und WOHLSTAND
statt EU-Mitgliedschaft

Es spricht:

Dr. med. Yvette Estermann

Nationalrätin im eidgenössischen Parlament

Freitag, 22. Oktober 2010, um 19 Uhr

INNSBRUCK, Gasthof "Sailer"/Saal Innsbruck, Adamgasse 8

5 Gehminuten vom Hauptbahnhof

Eintritt: freie Spende

Veranstalter: Überparteiliche Plattform für den Austritt aus der EU

Die Schweiz ist nur halb so groß wie Österreich und hat um rund eine Million weniger Einwohner; sie ist noch gebirgiger und besitzt keinerlei Rohstoffe.

Ihre Bürger entschieden in Volksabstimmungen 1992 gegen den EWR-Beitritt und 2001 mit großer Mehrheit (76,9%) gegen den EU-Beitritt, obwohl ihnen prophezeit wurde, daß sie ohne die EU-Mitgliedschaft „pleite“ gehen würden. Das Gegenteil ist eingetreten: die kleine Schweiz steht bei fast allen Wirtschaftsdaten besser da als alle EU-Mitglieder. Der Grund dafür sind nicht „die Banken“ (wie so oft behauptet), sondern die vielfältigen Auswirkungen der Selbstbestimmung auf allen Ebenen – Gemeinden, Kantone, Gesamtstaat – und des damit einhergehenden hoch entwickelten Verantwortungsbewußtseins des Einzelnen für die Allgemeinheit. Es lohnt sich, darüber Näheres aus erster Hand zu erfahren.

Buchempfehlung „ERFOLGSMODELL SCHWEIZ“:
Direkte Demokratie, selbstbestimmte Steuern, Neutralität. In diesem von Jürgen Elsässer, einem

deutschen Journalisten, und Matthias Erne, einem Schweizer Rechtsanwalt, herausgegebenem Buch wird beschrieben, **warum** man in der Schweiz gut verdient, wenig Steuern zahlt und trotzdem sozial versorgt ist. Die Eidgenossen haben sich eine **menschliche Volkswirtschaft** bewahrt und die Auswüchse des Casino-Kapitalismus nicht mitgemacht. Als neutraler Staat hält die Schweiz Abstand zum US – wie zum EU-Imperium und deren Kriegen. Die Bürger können über Volksabstimmungen effektiv mitentscheiden. Das Buch enthält auch ein Kapitel zur „verlogenen Kampagne zum 'Raubgold' der Schweizer Banken“ und zur „EU-Propaganda im Dienst internationaler Spekulanten“.

„ErfolgsmodeLL Schweiz“ (COMPACT-Reihe Nr. 16, Kai Homilius Verlag) kann zum Preis von 8,80 Euro plus Porto per beiliegendem Erlagschein bei uns bestellt werden; Zusendung erfolgt mit der Post. Es wird auch bei der Veranstaltung in Innsbruck erhältlich sein.

Redaktionsschluß dieser Ausgabe:
23. September 2010

Für WEGWARTE-Empfänger im Ausland: unser BIC-Code lautet
OPSKATWW, der IBAN-Code AT366000000007483053

WEGWARTE 20. Jahrgang, Folge 4, Oktober 2010
Zulassungsnummer "02Z033544S"
Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt
Druck: H. Schmitz Kopien, 1200 Wien
Impressum: Medieninhaber/ Herausgeber/Verleger:
Initiative Heimat & Umwelt
3424 Zeiselmauer, Hagengasse 5
Tel.: 02242/70 516
Spendenkonto: PSK, Kto. 7483053, BLZ 60000

Österreichische Post AG / Sponsoring Post
Benachrichtigungspostamt 3424 Zeiselmauer